

# Programmantrag

**Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

**Titel:** **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 -  
Kapitel 4 - Rheinland-Pfalz für alle lebenswert  
gestalten**

## **Antragstext**

### **1 Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten**

2 Ein lebenswertes Rheinland-Pfalz ist ein Ort, an dem sich Menschen zuhause  
3 fühlen – in Städten wie Mainz oder Trier genauso wie in kleinen Dörfern an der  
4 Lahn oder im Hunsrück. Lebenswert gestalten heißt für uns, die Lebensqualität in  
5 allen Regionen zu sichern: mit finanziell starken Kommunen, bezahlbarem Wohnraum  
6 und einer Stadt- und Dorfentwicklung, die das Zusammenleben stärkt. Kultur,  
7 Sport und Ehrenamt geben unserem Land Herz und Charakter. Sie brauchen  
8 Wertschätzung und Unterstützung. Demokratie lebt davon, dass alle mitmachen  
9 können und sich ernst genommen fühlen, deshalb stärken wir Bürgerbeteiligung und  
10 setzen uns klar gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus ein.  
11 Sicherheit, Justiz und Katastrophenschutz müssen zuverlässig arbeiten, damit die  
12 Menschen sich auf ihr Land verlassen können – ob bei Feuerwehreinsätzen, in  
13 Gerichtsverfahren, beim Kampf gegen Rechts oder bei der Hochwasserabwehr.  
14 Rheinland-Pfalz ist Teil einer Weltgemeinschaft: Wir wollen ein aktiver und  
15 verlässlicher Partner in Europa sein, der für Frieden, Klimaschutz und  
16 Menschenrechte eintritt. Lebenswert bedeutet für uns: ein Land, das Sicherheit  
17 und Geborgenheit gibt, Vielfalt als Stärke begreift und Zukunft für alle möglich  
18 macht.

19 **Haushalt**

20 **Für ein RLP das funktioniert – jetzt investieren**

21 Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren dank guter Einnahmen den Landeshaushalt  
22 grundlegend saniert. Wir haben Schulden abgebaut, Rücklagen aufgebaut und den  
23 Haushalt von unnötigen Beteiligungen befreit, ohne dabei Zukunftsinvestitionen  
24 zu vernachlässigen. Für ein Land, das funktioniert, müssen wir aber deutlich  
25 mehr investieren. Es war richtig, dass wir auf Bundesebene dem Sondervermögen  
26 und der Möglichkeit der Neuverschuldung für die Länder zugestimmt haben. Der  
27 Rheinland-Pfalz-Plan (RLP-Plan) für Bildung, Klima und Infrastruktur legt fest,  
28 wofür die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes ausgegeben werden. Damit  
29 sollen Land und Kommunen in eine zukunftsfähige Infrastruktur investieren und  
30 somit das Leben und den Alltag der Menschen in unserem Land schnell, sichtbar  
31 und spürbar besser machen.

32 **RLP-Zukunftsfoonds: Investitionen in eine klimaneutrale und  
33 innovative Zukunft**

34 Durch die Möglichkeit der Länder, sich neu zu verschulden, sind zusätzlich  
35 finanzielle Spielräume entstanden. Diese Chance wollen wir nutzen, um gezielt in  
36 die Zukunft unseres Landes zu investieren und unsere Wirtschaft zukunftssicher  
37 aufzustellen. Unsere Idee: ein RLP-Zukunftsfoonds. Der Fonds soll insbesondere  
38 Unternehmen verlässlich bei dem klimaneutralen Umbau von Wertschöpfungsketten  
39 unterstützen – etwa durch zinsvergünstigte Kredite, Bürgschaften oder  
40 Tilgungszuschüsse. Wir investieren damit in klimaneutrale Technologien,  
41 innovative Produktionsweisen, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Netze.  
42 Darüber hinaus wollen wir flexibel schauen, welche relevanten Investitionen für  
43 eine klimaneutrale Zukunft, wie zum Beispiel der Netzausbau durch kommunale  
44 Stadtwerke, über kreditfinanzierte Instrumente im Bundes- und Landeshaushalt  
45 möglich sein können. So schließen wir Lücken, die das Bundes-Sondervermögen und  
46 der RLP-Plan lassen, und geben der Transformation in Rheinland-Pfalz den langen  
47 Atem, den sie braucht. Langfristig halten wir an einer grundlegenden Reform der  
48 Schuldenbremse fest. Kreditaufnahme soll in dem Maße möglich sein, wie der Staat  
49 investiert.

50 **Steuern**

51 **Gerechte Besteuerung für eine starke Gesellschaft**

52 Gerade in finanziell angespannten Zeiten sind alle staatlichen Ebenen auf  
53 verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf

54 Landes- und Bundesebene für ein gerechteres Steuersystem einsetzen. Heute zahlen  
55 viele Menschen auf Arbeitseinkommen mehr Steuern als auf hohe Kapitalgewinne.  
56 Das ist ungerecht und das wollen wir ändern. Gerade große Vermögen sollten  
57 konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden.

## 58 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche**

59 Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Geldwäsche sind keine Bagatelldelikte.  
60 Sie schaden dem Gemeinwesen und untergraben die Solidarität, auf der unser  
61 Sozialstaat beruht. Deshalb unterstützen wir Initiativen des Bundes, der EU oder  
62 auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen,  
63 Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen.

## 64 **Starke Steuerverwaltung für Rheinland-Pfalz**

65 Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-  
66 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet  
67 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Wir wollen die Stellen im Außendienst  
68 ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz  
69 sorgen. Auch im Bereich der Steuerverwaltung ist es besonders wichtig,  
70 qualifizierte Fachkräfte auszubilden oder zu gewinnen und vor allem zu halten.  
71 Dafür wollen wir die Hochschule der Finanzen attraktiv weiterentwickeln, um so  
72 mehr junge Menschen für unsere Finanzverwaltung zu gewinnen.

## 73 **Neuverteilung der Umsatzsteuer für zentrale 74 Gemeinschaftsaufgaben**

75 Wir wollen das Steuersystem um eine erweiterte Finanzierung über eine  
76 „Gemeinschaftsaufgabe“ weiterentwickeln, um Einkünfte zugunsten von Klimaschutz  
77 und Klimaanpassung in Kommunen stabiler zu verteilen. Wir setzen uns für eine  
78 Reform ein, die die Umsatzsteueranteile so umverteilt, dass die Kommunen in  
79 Rheinland-Pfalz langfristig gestärkt werden und verlässlich in Klimaschutz,  
80 soziale Infrastruktur und lebenswerte Ortskerne investieren können.

## 81 **Kommunalfinanzen und -reform**

### 82 **Kommunen stärken und für die Zukunft aufstellen**

83 Die kommunale Haushaltsskrise ist allgegenwärtig und betrifft Städte, Kreise und  
84 Dörfer bundesweit, nicht nur in Rheinland-Pfalz. Eine Lösung erfordert eine  
85 gemeinsame Kraftanstrengung aller staatlichen Ebenen: Bund, Land und Kommunen.

86 Besonders die hohen Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte. Dafür sind  
87 weder die Kommunen noch Mainz verantwortlich, sondern Berlin. Wir GRÜNE fordern  
88 deshalb strukturelle Lösungen auf Bundesebene: Das Konnexitätsprinzip muss auch  
89 für den Bund gelten. Wer Aufgaben vorgibt, muss für die Kosten aufkommen.  
90 Besonders dann, wenn sie dynamisch steigen. Ebenso muss der Bund bei der  
91 Übernahme der Altschulden endlich aktiver werden, nachdem das Land die Hälfte  
92 der kommunalen Kassenkredite bereits übernommen hat.

### 93 **Kommunen finanziell stärken und bedarfsgerecht ausstatten**

94 Das Land hat mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2023, dem  
95 Nachtragshaushalt 2025, dem Entschuldungsprogramm PEK-RP, KIPKI und dem  
96 regionalen Zukunftsprogramm RZN unsere Kommunen finanziell gestärkt. 2026 steht  
97 die Evaluation des KFA an. Wir GRÜNE werden dabei genau hinschauen, ob der KFA  
98 die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen abdeckt. Ist dies nicht der Fall,  
99 entwickeln wir ihn weiter, damit die Kommunen die finanziellen Spielräume für  
100 ihre vielen Aufgaben erhalten. Mit unserer Zustimmung zum Sondervermögen haben  
101 wir auf Bundesebene Millioneninvestitionen in die kommunale Infrastruktur  
102 ermöglicht. In Rheinland-Pfalz tragen wir dafür Sorge, dass dieses Geld  
103 zukunftsweisend für Klimaschutz und soziale Infrastruktur vor Ort ausgegeben wird.

### 104 **Kommunalstrukturen modernisieren**

105 Damit die Finanzströme aus Bund und Land in unseren Kommunen gezielt eingesetzt  
106 werden und nicht in Bürokratie verpuffen, braucht es bessere kommunale  
107 Strukturen. Rheinland-Pfalz hat die kleinteiligste Kommunalstruktur in  
108 Deutschland. Das erschwert digitales und bürgernahes Arbeiten sowie die  
109 Fachkräftegewinnung und mindert insgesamt die Effizienz der Verwaltung. Wir  
110 GRÜNE wollen die Kommunalreform neu starten. Unser Ziel: eine leistungsfähige,  
111 bürgernahe Verwaltung mit guter und einheitlicher, digitaler Ausstattung und  
112 genug qualifiziertem Personal. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Schritt in  
113 die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Wir brauchen größere  
114 Verwaltungseinheiten. Nur so gelingt der Wandel.

### 115 **Wohnen**

116 Unser Ziel ist klar: Jeder Mensch soll Zugang zu bezahlbarem und vor allem auch  
117 passendem Wohnraum haben, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dafür setzen  
118 wir auf mehr geförderte Wohnungen, eine intelligente Nutzung des vorhandenen  
119 Wohnraums, neue, innovative Wohnformen und wirksamen Mieter:innenschutz.

### 120 **Sozialen Wohnungsbau stärken**

121 Für bezahlbares Wohnen brauchen wir vor allem eine starke soziale  
122 Wohnraumförderung. Deshalb wollen wir die Mittel für den geförderten Wohnungsbau  
123 erhöhen und dabei Sanierung, Aufstockung und Ausbau gleichberechtigt mit dem  
124 Neubau fördern. Sozialer Wohnungsbau soll zuverlässig und dauerhaft bezahlbar  
125 erhalten bleiben. Wir setzen auf eine längere Bindungsdauer zu guten  
126 Konditionen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften spielen dabei eine  
127 Schlüsselrolle. Kommunen soll es ermöglicht werden, von Investoren  
128 vernachlässigte oder leerstehende Wohnungen aufzukaufen und zu sanieren.  
129 Sozialer Wohnraum darf nicht als Spekulationsobjekt missbraucht werden. Den  
130 Erwerb von Belegungsrechten für bestehende Wohnungen ermöglichen wir auch für  
131 Haushalte mit mittlerem Einkommen. Unternehmen, die günstigen Wohnraum für ihre  
132 Mitarbeiter:innen bereitstellen, wollen wir mit Mitteln der sozialen  
133 Wohnraumförderung unterstützen.

#### 134 **Bestehenden Wohnraum besser nutzen**

135 Gleichzeitig müssen wir den vorhandenen Wohnraum effizienter nutzen. Viele  
136 Menschen können sich vorstellen, ihre Wohnfläche zu verkleinern oder zu teilen.  
137 Diesen Menschen wollen wir mit Bürgschaften des Landes unter die Arme greifen,  
138 damit sie ihre Häuser um- oder ausbauen können. So wird schnell und einfach  
139 zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Wir fördern Kommunen, die ein eigenes  
140 Wohnraummanagement aufbauen und Menschen aktiv passenden Wohnraum vermitteln.  
141 Wir unterstützen den Aufbau von Leerstandskatastern und befürworten die  
142 Einführung von kommunalen Leerstandssteuern: so bleibt kein Wohnraum ungenutzt  
143 und Leerstand in Dorfkernen kann wirksam verringert werden.

#### 144 **Innovative Wohnformen besser unterstützen**

145 Der demografische Wandel stellt uns auch beim Thema Wohnen vor  
146 Herausforderungen. Der barrierefreie Umbau soll auch ohne Pflegegrad gefördert  
147 werden, um dem wachsenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen gerecht zu werden.  
148 Gemeinschaftliche Wohnformen bringen Generationen zusammen und sorgen für  
149 lebendige Nachbarschaften. Wir wollen Menschen, die sich für diese Wohnkonzepte  
150 entscheiden, stärker unterstützen, etwa beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen.  
151 Wir unterstützen auch innovative Konzepte wie Wohnpartnerschaften zwischen Jung  
152 und Alt und "Wohnen für Hilfe". Hier setzen wir uns auf Bundesebene für  
153 rechtssichere Regelungen ein.

#### 154 **Junges Wohnen in den Fokus nehmen**

155 Gleichzeitig wollen wir an den Hochschulstandorten durch die gezielte Förderung  
156 von studentischem Wohnen Druck vom Wohnungsmarkt nehmen. Das Programm "Junges

157 Wohnen" muss deshalb endlich in die Umsetzung. Wir werden die Förderrichtlinien  
158 auf Hürden überprüfen, um dafür zu sorgen, dass neue Wohnheimplätze für  
159 Studierende und Auszubildende entstehen. An den landeseigenen Hochschulen wollen  
160 wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen und eigene Wohnheimplätze zur  
161 Verfügung stellen.

## 162 **Mietschutz ausweiten**

163 Mit der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenze haben wir Instrumente zur Hand,  
164 um steigenden Mieten etwas entgegenzusetzen. Sie gelten aber derzeit nur in  
165 wenigen Städten und Landkreisen. Das wollen wir ändern. Es braucht eine  
166 differenziertere Betrachtung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, zum Beispiel  
167 auf Ebene der Verbandsgemeinden. So können wir die steigenden Mieten  
168 zielgerichtet bekämpfen. Schlupflöcher beim Schutz vor hohen Mieten wollen wir  
169 konsequent schließen.

## 170 **Wohnungslosigkeit nachhaltig bekämpfen**

171 Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, verdienen unsere besondere  
172 Aufmerksamkeit und Fürsorge. Mit "Housing First" haben wir in der vergangenen  
173 Legislatur einen erfolgversprechenden Ansatz in Rheinland-Pfalz etabliert, den  
174 wir weiter fortführen und ausbauen wollen. Außerdem wollen wir Anlaufcafés  
175 fördern, in denen Wohnungslose Unterstützung, Beratung und einen sicheren  
176 Rückzugsort finden.

## 177 **Stadt- und Dorfentwicklung**

### 178 **Innenstädte aufwerten**

179 Wir GRÜNE wollen lebendige und lebenswerte Innenstädte mit vielfältigen  
180 Wohnformen, einem breiten kulturellen und sozialen Angebot, Maßnahmen der  
181 Klimaanpassung, klimafreundlichen Mobilitätsformen und kleinen, inhabergeführten  
182 Geschäften und Gastronomieangeboten. Dafür wollen wir die Innenstadtförderung  
183 für unsere Kommunen ausweiten, nachhaltige Logistikmodelle unterstützen und  
184 Leerstand wieder in Nutzung bringen.

### 185 **Lebendige Dörfer**

186 Wir GRÜNE machen das Wohnen im Dorf zukunftsfest. Statt neue Flächen zu  
187 verbrauchen, setzen wir auf Sanierung und Umbau im Dorfkern, fördern  
188 gemeinschaftliches und Mehrgenerationenwohnen. Mit Dorfbüros, Co-Working und

189 guter digitaler Infrastruktur bringen wir Arbeit und Alltag zusammen. Wir  
190 schaffen Orte, an denen man sich trifft: vom Spielplatz über Bänke bis hin zum  
191 Dorfladen und -gasthaus. Für uns gehören zur Daseinsvorsorge auch eine  
192 verlässliche Kinderbetreuung, gute ärztliche Versorgung, verlässliche  
193 Busverbindungen, offene Jugendräume und ausreichende Freizeitangebote.

#### 194 **Klimaanpassung in Innenstädten und Dörfern**

195 Wir starten eine landesweite Entsiegelungsoffensive mit Anreizen für Kommunen,  
196 Wettbewerben und Kampagnen für weniger Beton und mehr Grün in unseren Dörfern  
197 und Städten. Wir setzen uns im Bund für eine dauerhafte Förderung von  
198 Klimaanpassungsmanager:innen ein. Im Land machen wir klimaangepasste  
199 Bauleitplanung verbindlich für mehr Begrünung, Wasserrückhalt und Schatten sowie  
200 geringere Versiegelung. Mit Hilfe von Fernerkundung und künstlicher Intelligenz  
201 wollen wir zudem die innerörtliche Versiegelung besser erfassen und steuern. Wer  
202 privat entsiegelt und für bessere Versickerung sorgt, soll über kommunale  
203 Niederschlagswassersatzungen dafür belohnt werden. Dafür wollen wir passende  
204 Möglichkeiten schaffen.

#### 205 **Demokratiepolitik**

##### 206 **Demokratie braucht Rückgrat**

207 Wir stärken unsere Demokratie dort, wo sie gelebt wird. Dafür setzen wir uns auf  
208 Bundesebene weiterhin für ein **Demokratiefördergesetz** ein – mit klaren Regeln,  
209 dauerhafter Finanzierung und Schutz vor politischer Einflussnahme. Initiativen  
210 vor Ort wollen wir unbürokratisch unterstützen, zum Beispiel durch  
211 Mikroförderungen oder mobile Demokratieteams.

##### 212 **Politische Bildung ausbauen**

213 Demokratie kann man lernen: Politische Bildung wollen wir GRÜNE deshalb bereits  
214 ab der Kita stärken und über alle Altersgruppen hinweg ausbauen. Mit  
215 Planspielen, digitalen Angeboten und gezielter Fortbildung für pädagogische  
216 Fachkräfte schaffen wir praxisnahe Lernräume für Toleranz und Mitbestimmung.  
217 Politische Bildung endet aber nicht mit dem Schulabschluss, sondern muss auch in  
218 der Aus-, Weiter- und Erwachsenenbildung angemessen und breit vermittelt werden.

219 Die Landeszentrale für Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Wir  
220 wollen die Landeszentrale weiter stärken und Kooperationen mit Schulen,  
221 Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ausbauen.

222 **Hass entgegentreten, Engagement schützen**

223 Ob im Netz oder auf der Straße: Wer sich für Demokratie stark macht, verdient  
224 unseren besonderen Schutz. Wir GRÜNE stehen fest an der Seite aller Engagierten  
225 und schaffen eine zentrale Ansprechstelle der Landesregierung. Wir stellen  
226 Leitfäden für Sicherheitskonzepte zur Verfügung und setzen uns dafür ein, dass  
227 Auskunftssperren leichter möglich werden.

228 Die Beratungsangebote des Landes wollen wir stärken, insbesondere für Betroffene  
229 von rechter Gewalt. Auch die Angebote der Präventions-, Ausstiegs- und  
230 Distanzierungsberatungen entwickeln wir kontinuierlich weiter. Erfolgreiche  
231 Projekte gegen Hass im Netz wie die Kampagne #ScrollNichtWeg wollen wir  
232 fortführen und für neue Zielgruppen erweitern. Im Demokratiezentrum laufen alle  
233 diese Stränge zusammen. Diese wichtige Arbeit werden wir weiterhin unterstützen.

234 **Klare Kante gegen Verfassungsfeinde**

235 Antifaschismus ist Teil unserer politischen DNA. Die AfD radikalisiert sich  
236 immer weiter und ist auch in Rheinland-Pfalz zentraler Bestandteil eines  
237 rechtsextremen Netzwerks. Ein Verbotsverfahren muss deshalb endlich auf den Weg  
238 gebracht werden. Wir setzen uns außerdem für weitere gesetzliche Maßnahmen ein,  
239 um Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst zu entfernen.

240 **Erinnern heißt handeln**

241 Gedenkarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Bildung. Die  
242 Erinnerung an die grauenhaften Verbrechen des Nationalsozialismus mahnt uns und  
243 ist Auftrag zugleich. Die Förderung für Fahrten zu Gedenkstätten werden wir  
244 daher fortführen. Wir unterstützen Bildungsangebote an Gedenkorten wie Osthofen  
245 und Hinzert ebenso wie Projekte zur Aufarbeitung am ehemaligen Westwall. Die  
246 Stiftung "Grüner Wall im Westen" wollen wir zu einem Ort politischer Bildung  
247 weiterentwickeln – mit mehr Mitteln und mehr Möglichkeiten.

248 Den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai wollen wir als  
249 Gedenktag etablieren. Gleichzeitig wollen wir auch das reiche demokratische Erbe  
250 in Rheinland-Pfalz pflegen, zum Beispiel das Hambacher Fest, das sich bald zum  
251 200. Mal jährt.

252 **Ehrenamt**

253 Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Menschen. Über eine Millionen Rheinland-

254 Pfälzer:innen sind ehrenamtlich aktiv: in der Hilfe für Geflüchtete, im  
255 Sportverein, in der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz. Wir GRÜNE machen ihren  
256 Einsatz einfacher, sichtbarer und sicherer.

257 **Mehr Entlastung durch digitale Lösungen**

258 Digitale Tools helfen bei der Verwaltung, Mitgliederorganisation oder  
259 Veranstaltungsplanung. Wir wollen Vereine bei der Bereitstellung der notwendigen  
260 Software unterstützen. Damit bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für das  
261 Wesentliche: ihr Engagement. Für das Ehrenamt sollen bürokratische Hürden  
262 gesenkt werden. Die einfachen Verwendungsnachweise wollen wir beibehalten.

263 **Ehrenamtskarte ausweiten**

264 Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Anerkennung für den vielfältigen Einsatz  
265 der zahlreichen Engagierten in Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Karte noch  
266 bekannter machen und neue Partner:innen für Vergünstigungen gewinnen.

267 **Ansprechstelle für Engagierte**

268 Wir stehen an der Seite derjenigen, die Haltung zeigen. Wer sich gegen Hass,  
269 Hetze oder Diskriminierung engagiert, verdient unseren besonderen Schutz und  
270 unsere Rückendeckung. Wir schaffen eine Ansprechstelle für Ehrenamtliche, die  
271 aufgrund ihres Engagements angefeindet und bedroht werden.

272 **Beteiligung und Petitionen**

273 Wir stehen für eine starke, lebendige Demokratie ein. Für uns ist deshalb klar:  
274 Wer dauerhaft hier lebt, soll auch mitbestimmen dürfen. Wir wollen, dass auch  
275 Menschen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft, die schon lange in Rheinland-  
276 Pfalz leben, bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen.

277 **Demokratie lebt vom Mitmachen**

278 Bürgerbeteiligung ist mehr als Symbolik: Wir wollen für komplexe Reformprozesse  
279 beratende Begleitkreise mit ausgelosten Bürger:innen schaffen. Solche Formate  
280 machen politische Entscheidungen nachvollziehbarer und stärken das Vertrauen.

281 Damit sich mehr Menschen einbringen können, wollen wir die Hürden für  
282 Volksbegehren und Volksentscheide senken. Als weiteres niedrigschwelliges  
283 Angebot schaffen wir ein landeseigenes Beteiligungsportal, wie es andere Länder

284 vormachen: einfach, transparent und digital.

285 **Petitionen ernst nehmen**

286 Petitionen sind ein wichtiges Sprachrohr der Zivilgesellschaft. Wir setzen uns  
287 dafür ein, dass Petent:innen einen Rechtsanspruch auf ein Rederecht im  
288 Petitionsausschuss bei Erreichen von 1.000 Mitzeichnungen erhalten. Relevante  
289 Petitionen sollen außerdem öffentlich beraten werden.

290 **Innenpolitik**

291 **Unsere Innenpolitik: Freiheit schützen, Sicherheit stärken**

292 Unsere freie Gesellschaft steht unter Druck – durch Extremismus, Desinformation  
293 und innere Spaltung. Wir GRÜNE begegnen diesen Herausforderungen mit klarer  
294 Haltung: Wir verteidigen die Freiheit. Wir modernisieren die  
295 Sicherheitsarchitektur. Und wir stellen uns entschieden gegen jede Form von  
296 Gewalt und Hass mit einer Innenpolitik, die auf Demokratie und Menschlichkeit  
297 setzt. Polizei, Kommunaler Vollzugsdienst, Feuerwehr und Rettungsdienst leisten  
298 täglich unverzichtbare Arbeit. Wir würdigen diese Arbeit und schaffen moderne  
299 Arbeitsbedingungen, gute Ausstattung und moderne Befugnisse.

300 **Die Polizei der Zukunft: gut ausgestattet, bürger:innen-nah  
301 und vielfältig**

302 Wir wollen langfristig mehr und gut ausgebildete Polizist:innen im Land.  
303 Gleichzeitig entlasten wir den Wechselschichtdienst, entwickeln Perspektiven für  
304 pensionierte Beamt:innen und stärken den Bezirksdienst als Gesicht einer  
305 bürger:innen-nahen Polizei vor Ort. Die geschaffenen Integrationsbeauftragten  
306 bei der Polizei wollen wir weiter dabei unterstützen, noch mehr Menschen mit  
307 Migrationsgeschichte in den Polizeidienst zu holen. Und wir stärken die Stelle  
308 der Queerbeauftragten um sicherzustellen, dass Diskriminierung aufgrund  
309 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität aktiv bekämpft und die  
310 Präventionsarbeit weiter ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Frauen in  
311 Führungspositionen in der Polizei und setzen dafür auf bessere  
312 Rahmenbedingungen: Führen in Teilzeit soll zum Standard werden. Um bei  
313 psychischer Belastung im Arbeitsalltag zu unterstützen, wollen wir eine proaktive  
314 und regelmäßige Supervision durch die von uns eingeführte psychotherapeutische  
315 Fachkraft in der Polizei. Wir setzen auf eine offene Fehlerkultur und wollen die  
316 Rechtsgrundlage der Polizeibeauftragten modernisieren. Für gute  
317 Arbeitsbedingungen wollen wir zudem einen Gesamtplan für die Gebäudesanierung,  
318 eine Stärkung der Liegenschaften und energetische Sanierungen.

319 **Präventionsarbeit und Digitalisierung für eine moderne**  
320 **Polizeiarbeit vorantreiben**

321 Wir richten unseren Fokus auf Prävention. Deshalb unterstützen wir die kommunalen  
322 Präventionsgremien, wollen die Sicherheitsforschung an der Hochschule der  
323 Polizei weiter vorantreiben und einen Periodischen Sicherheitsbericht samt  
324 Dunkelfeldforschung einführen. Politische Bildung, Deeskalationsstrategien und  
325 interkulturelle Kompetenzen gehören fest zur Aus- und Fortbildung der Polizei.  
326 Die Erkenntnisse aus der INSIDER-Studie wollen wir umsetzen, um die Polizei in  
327 ihrer Demokratiefestigkeit zu stärken. Wir bauen die Onlinewache zur bundesweit  
328 ersten Online-Polizeiinspektion mit Rund-um-die-Uhr-Vollservice aus, wie in  
329 einer analogen Wache. So bringen wir auch das mobile Arbeiten in der Polizei  
330 entschlossen voran und modernisieren die Kommunikation mit den Bürger:innen. Wir  
331 erhöhen die Transparenz: Wer kontrolliert wird, erhält eine Kontrollquittung.  
332 Bodycams werden aktiviert, wenn Betroffene es wollen. Unnütze Befugnisse – wie  
333 die Onlinedurchsuchung oder die Gewalttäter-Sport-Datei – streichen oder  
334 überarbeiten wir grundlegend. Mit der elektronischen Fußfessel, die wir  
335 eingeführt haben, setzen wir klare Grenzen gegenüber gewalttätigen Personen.  
336 Dass spanische Modelle machen wir dabei zum Standard im Kampf gegen Femizide. Der  
337 Einsatz Künstlicher Intelligenz kann die Polizeiarbeit verbessern – davor und  
338 danach muss aber der Mensch stehen.

339 **Mit mehr Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden**  
340 **aktuellen Herausforderungen entschieden begegnen**

341 Wir bekämpfen Organisierte Kriminalität mit klarer Strategie und intensivieren  
342 dafür die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Polizei und  
343 Betreiber:innen schützen wirkritische Infrastrukturen und stärken die  
344 Cybersicherheit. Für eine effektivere Bekämpfung hybrider Bedrohungen wollen wir  
345 die Drohnenabwehr ermöglichen. Die Umwelt und damit auch die Gesundheit von  
346 Menschen wollen wir durch eine verstärkte Bekämpfung von Umweltkriminalität noch  
347 besser schützen. Der Kommunale Vollzugsdienst (KVD) bleibt weiterhin stark an der  
348 Seite der Polizei. Seine Ausbildung und die Zusammenarbeit wollen wir stärken.  
349 Für eine klare Unterscheidung von KVD und Polizei hinsichtlich der Trägerschaft  
350 des staatlichen Gewaltmonopols lehnen wir den Einsatz von Tasern beim KVD ab.  
351 Der Verfassungsschutz ist als Frühwarnsystem fundamental wichtig für die  
352 Bekämpfung von extremistischen Bestrebungen. Wir wollen seine Arbeitsfähigkeit  
353 unter klarer demokratischer Kontrolle stärken. Dafür fördern wir die  
354 Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Partnerbehörden auf Bundes- und  
355 internationaler Ebene und ermöglichen zugleich den bundesweiten Austausch  
356 zwischen den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollgremien.

357 **Justiz**

358 **Arbeitsbedingungen in der Justiz attraktiver und digitaler**  
359 **gestalten, Personal aufstocken**

360 Wir setzen den Personalaufwuchs in der Justiz konsequent fort. Wir sorgen für  
361 sichere, gut ausgestattete Arbeitsplätze in Gerichten und Staatsanwaltschaften.  
362 Digitale Prozesse – intern wie extern – machen wir zum Standard in der Justiz.  
363 Auch wollen wir unsere Staatsanwaltschaften bei der Bekämpfung von Cybercrime  
364 gut ausstatten. Wir wollen aktiv Nachwuchs für alle Bereiche der Justiz gewinnen  
365 und moderne Fortbildungsangebote sowie Programme zum Quereinstieg etablieren.  
366 Wir stehen für einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Berufsfeldern im  
367 Rechtswesen – Vielfalt macht unsere Justiz stärker. Die Beschäftigten, die im  
368 Strafvollzug arbeiten, wollen wir stärker schützen. Wir prüfen die  
369 Sicherheitsvorkehrungen bei Aus- oder Vorführungen mit dem Ziel, sie zu  
370 verbessern, setzen auf eine gute Aus- und Fortbildung und wollen die Zulagen  
371 prüfen.

372 **Moderner Strafvollzug gewährleisten und Resozialisierung**  
373 **stärken**

374 Wir setzen auf moderne Kommunikationstechnologien, um illegale Gegenstände aus  
375 den Haftanstalten fernzuhalten und Arbeitsprozesse zu entlasten. Gleichzeitig  
376 stärken wir die Strukturen im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen – für  
377 mehr Sicherheit und Menschlichkeit im Vollzug. Mit einem Sanierungsprogramm  
378 machen wir Justizgebäude zukunftsähig und sorgen für bessere Haftbedingungen –  
379 auch im Sommer. Um Menschen nach der Haft eine echte Perspektive zu geben,  
380 wollen wir den offenen Vollzug ausbauen und so ermöglichen, dass  
381 Ersatzfreiheitsstrafen dort vollzogen werden. Durch Bildung, soziale Trainings,  
382 Therapieangebote und Unterstützung bei der Wohnungssuche helfen wir, Rückfälle  
383 zu vermeiden und die Rückkehr in die Gesellschaft (Resozialisierung) zu  
384 ermöglichen. Dafür stärken wir auch das Übergangsmanagement und die  
385 Bewährungshilfe. Bei Jugendkriminalität setzen wir auf pädagogische Ansätze und  
386 Prävention. Die Häuser des Jugendrechts wollen wir ausbauen – als Orte, an denen  
387 Justiz, Jugendhilfe und Polizei Hand in Hand arbeiten.

388 Die Unabhängigkeit der Justiz hat Verfassungsrang. Deshalb schaffen wir das  
389 Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften ab.  
390 Dort, wo eine Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Sinn ergibt,  
391 unterstützen wir sie. Gleichzeitig schützen wir den Schöffendienst vor  
392 demokratiefeindlicher Einflussnahme – denn jede Funktion in der Justiz erfordert  
393 ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat.

394 **Katastrophenschutz**

395 **Brand- und Katastrophenschutz zukunftsfähig machen**

396 Durch die Reform des Brand- und Katastrophenschutzes haben wir einen wichtigen  
397 Schritt zur besseren Vorbereitung von Rheinland-Pfalz auf Krisen und  
398 Katastrophen gemacht. Wir wollen sowohl das Ehrenamt als auch die kommunalen  
399 Strukturen weiter stärken und die Alarm- und Einsatzpläne den aktuellen  
400 Herausforderungen laufend anpassen. Dabei werden wir die Nachwuchsförderung  
401 vorantreiben und für eine gute Aus- und Fortbildung sorgen. Wir  
402 werden landeseinheitliche Standards für Ausstattung und Alarmierung fördern und  
403 den Aufbau von Einheiten für den überörtlichen Einsatz in allen Landkreisen und  
404 Städten unterstützen. Wir werden den Rettungsdienst und die Leitstellen für eine  
405 verlässliche Notfallversorgung in Stadt und Land zukunftsfähig aufstellen.

406 **Resiliente Gesellschaft und Schutz kritischer Infrastruktur**

407 Unser Zielbild ist eine resiliente Gesellschaft. Wir unterstützen Maßnahmen für  
408 einen modernen Bevölkerungsschutz und setzen uns auf Bundes-, Landes- und  
409 kommunaler Ebene für eine stärkere Verzahnung und Zusammenarbeit von Zivil- und  
410 Katastrophenschutz ein. Technologien wie mobile Notfall-Mobilfunknetze und  
411 Drohnen wollen wir verstärkt fördern. Beim Schutz kritischer Infrastrukturen  
412 (KRITIS) setzen wir auf ein integriertes Risiko- und Krisenmanagement mit  
413 staatlichen und kommunalen Akteuren sowie Betreiber:innen von KRITIS. Dabei  
414 definieren wir Mindeststandards für die Versorgung der Bevölkerung mit  
415 notwendigen und lebenswichtigen Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge.

416 **Wissen, Vorbereitung und Vernetzung stärken**

417 Wir wollen Handlungswissen frühzeitig vermitteln und regelmäßig auffrischen,  
418 damit im Ernstfall alle wissen, was zu tun ist. Wir werden die  
419 Entscheidungsträger:innen in den Kommunen auf ihre Rolle in Krisensituationen  
420 vorbereiten und die Risikoanalyse und Vorsorge durch hauptamtliche Kräfte und  
421 Verwaltung unterstützen. Wir fördern Vernetzung und Austausch von Behörden,  
422 Hilfsorganisationen und privaten Akteur:innen. Auch die Vorgaben für die  
423 Ausstattung unserer Feuerwehren und Hilfsorganisationen werden wir laufend an  
424 die tatsächlichen Aufgaben und Erfahrungen anpassen.

425 **Selbsthilfe, Prävention und Engagement fördern**

426 Wir werden die Selbsthilfe und Vorsorge der Bevölkerung auf allen Ebenen  
427 fördern. Moderne Krisenkommunikation ist für uns GRÜNE barrierefrei,  
428 mehrsprachig und erfolgt über verschiedene Kanäle. Durch praxisnahe  
429 Unterrichtsbeispiele und gemeinsame Übungen im Unterricht mit Feuerwehren und

430 Hilfsorganisationen können Schüler:innen wichtige Multiplikator:innen für Brand-  
431 , Katastrophen- sowie Zivilschutz in ihren Städten und Kommunen werden.

432 **Ehrenamt stärken und hauptamtlich entlasten**

433 Wir wollen Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen und das Ehrenamt durch  
434 ein stärkeres Hauptamt entlasten. Wir wollen Jugendarbeit, Frauen, Menschen mit  
435 Migrationshintergrund, Quereinsteiger:innen und Inklusion in unseren  
436 Feuerwehrwehren und Hilfsorganisationen fördern. Dezentrale und digitale  
437 Angebote in der Aus- und Weiterbildung wollen wir stärken und machen uns für  
438 eine bessere psychosoziale Unterstützung nach Einsätzen stark.

439 **Kultur**

440 **Kultur gehört zum Leben – überall in Rheinland-Pfalz**

441 Kultur braucht Planungssicherheit. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode  
442 mit dem ersten GRÜNEN Kulturministerium des Landes den Kulturetat um fast 25  
443 Prozent erhöht. Damit haben wir ein klares Zeichen für eine feste  
444 gesellschaftliche Verankerung von Kultur und für die Stärkung der  
445 Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz gesetzt.

446 Wir wollen Kultur verlässlich fördern. Deshalb setzen wir uns für ein  
447 Kulturgesetz mit einem konkreten Kulturförderplan für jede Wahlperiode ein. Den  
448 Förderrahmen wollen wir klarer und einfacher gestalten. Dafür streben wir eine  
449 Reform des Zuwendungsrechts und der Kulturförderrichtlinie an. Förderanträge  
450 sollen digital, verständlich und unbürokratisch gestellt werden können, damit  
451 mehr Zeit für die kreative Arbeit bleibt.

452 Die Konzeptionsförderung für die Freie Szene sichern wir langfristig ab und  
453 prüfen weitere mehrjährige Förderungen. Wir wollen die Kulturstiftung und den  
454 Kultursommer RLP als Impulsgeber für innovative Kunst und Kultur stärker  
455 profilieren. Wir prüfen die Idee von regionalen Kulturförderfonds und den Aufbau  
456 von „Kulturknoten“, damit Kultur vor Ort stark bleibt.

457 **Faire Bezahlung für Kunst und Kultur**

458 Wer in Kunst und Kultur arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir  
459 Mindesthonorare bei Landesförderungen weiter ausbauen. Stipendien, Residenzen  
460 und Preise helfen beim Leben und Arbeiten. Um die gestiegenen Kosten im  
461 Kulturbetrieb aufzufangen, wollen wir den Kulturetat anheben. Auf Bundesebene

462 setzen wir uns für eine bessere soziale Absicherung von Künstler:innen ein.

463 **Ehrenamt braucht Hauptamt**

464 Vielerorts halten Ehrenamtliche mit viel Herzblut die Kultur am Leben. Dafür  
465 wollen wir das Programm „Zukunft durch Kultur“ weiter ausbauen. So unterstützen  
466 wir hauptamtliche Kräfte und Ehrenamtliche dort, wo es nötig ist. Fachverbände  
467 begleiten wir dabei, Programme für den Generationenwechsel und gesellschaftliche  
468 Transformation zu gestalten.

469 **Kulturelle Bildung für alle**

470 Jeder junge Mensch soll unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Sprache mit  
471 Kunst und Kultur in Kontakt kommen – in der Kita, in der Schule und danach.  
472 Kulturelle Bildung soll fester Teil im schulischen Ganztag werden. Gemeinsam mit  
473 den Trägern wollen wir Bibliotheken als niedrigschwellige Orte der Begegnung,  
474 des Lernens und der sozialen Teilhabe stärker fördern. Programme wie „Jedem Kind  
475 seine Kunst“, Kulturwandertage und kommunale Jugendkulturangebote wollen wir  
476 fördern, denn sie machen junge Menschen neugierig auf Theater, Literatur oder  
477 Musik. Wir wollen ein Förderprogramm für Kulturbusse einführen, damit Schulen  
478 wieder mehr Fahrten zu Kultureinrichtungen unternehmen.

479 **Kultur braucht Raum – Infrastruktur stärken**

480 Ob Konzert, Kino oder Lesung: Kultur braucht Orte. Mit einem Programm „Dritte  
481 Orte“ ermöglichen wir neue oder erweiterte Räume für Begegnung und Kultur, zum  
482 Beispiel in Bibliotheken, Museen oder auch in leerstehenden Immobilien. Wir  
483 setzen uns für ein Produktionshaus für die Freie Szene in RLP ein.  
484 Kulturanbieter werden wir bei Maßnahmen zur Digitalisierung, zum Klimaschutz  
485 oder zur Barrierefreiheit unterstützen. Gemeinsam mit der Energie- und  
486 Klimaschutzagentur wollen wir ein „Grünes Kultursiegel“ als Zertifikat für  
487 nachhaltig operierende Kultureinrichtungen entwickeln.

488 **Vielfalt willkommen heißen – Zugänge ermöglichen**

489 Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus dürfen auch in Kunst und Kultur  
490 keinen Platz haben. Wir fördern daher Projekte, die den interkulturellen Dialog  
491 unterstützen und auch einen Blick auf bisher unterrepräsentierte Perspektiven  
492 ermöglichen. Für Menschen mit wenig Einkommen, vor allem für Kinder und  
493 Jugendliche, setzen wir uns für günstige oder kostenlose Nutzung von  
494 Kulturangeboten ein.

495 Zu niedrigschwelligen Kulturangeboten zählen auch Kinos: Im Rahmen der  
496 Medienförderung RLP soll eine Filmfestival-Förderung etabliert werden.

497 **Kulturelles Erbe**

498 Rheinland-Pfalz verfügt über ein reiches historisches und kulturelles Erbe. Wir  
499 wollen die Aufmerksamkeit für die SchUM-Stätten in Speyer, Worms und Mainz, die  
500 nun UNESCO-Welterbe sind, erhöhen und die Vermittlungsarbeit dazu stärken.

501 Zum Umgang mit dem kulturellen Erbe gehört auch die Untersuchung von Sammlungen  
502 auf mögliche Objekte, deren Herkunft im Zusammenhang mit NS-Raubgut oder  
503 kolonialen Kontexten stehen könnte. Wir wollen eine Beratungsstelle für  
504 Herkunftsforschung einrichten, die die Museen im Land bei dieser wichtigen  
505 Aufgabe unterstützt.

506 **Kultur sichtbar machen**

507 Kultur in Rheinland-Pfalz ist vielfältig und wir wollen sie noch sichtbarer  
508 machen. Wir wollen das Profil unserer Kulturlandschaft durch eine bessere  
509 Vernetzung mit dem Tourismus und einer gezielten Marketingstrategie stärken.  
510 Zusätzliche Kulturberater:innen-Stellen sollen die Aktiven vor Ort unterstützen  
511 und regionale Kulturmanager:innen sollen helfen, örtliche Kulturprofile zu  
512 entwickeln.

513 Wir GRÜNE wollen, dass Rheinland-Pfalz Schauplatz einer europäischen  
514 Kulturhauptstadt wird – als starkes Zeichen für die lebendige und vielfältige  
515 Kultur in unserem Land.

516 **Sport**

517 **Unsere Sportstätten zukunftsfest machen**

518 Die kommunalen und vereinseigenen Sportstätten machen wir fit für die Zukunft  
519 und gestalten sie energieeffizient, nachhaltig und barrierefrei. Wir setzen uns  
520 für deren Erhalt und den bedarfsorientierten Ausbau im Land ein. Insbesondere  
521 Sportstätten mit überregionaler Bedeutung sollen zukünftig vom Land gefördert  
522 werden.

523 Das gilt vor allem für unsere Schwimmbäder. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz soll  
524 nach der Grundschule schwimmen können. Dafür brauchen wir neben ausreichend  
525 Schwimmlehrer:innen auch eine gute Bäderinfrastruktur. Unsere bestehenden

526 Schwimmbäder wollen wir daher mit einem Sonderförderprogramm erhalten und  
527 sanieren. Wir unterstützen auch serielle Lösungen für neue Schwimmbäder, um  
528 flächendeckend ausreichend Wasserfläche zu schaffen.

529 **Vereinsarbeit als Rückgrat des Sports stärken**

530 Unzählige Rheinland-Pfälzer:innen engagieren sich in unseren Sportvereinen im  
531 Land. Die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit soll sich auch finanziell  
532 widerspiegeln. Wir wollen deshalb Zuschüsse für Übungsleiter:innen spürbar  
533 anheben. Kooperationen zwischen Sportvereinen und Ganztagschulen wollen wir  
534 weiter ausbauen, denn von diesen Modellen profitieren beide Seiten nachhaltig.

535 **Vielfalt und Inklusion im Sport leben**

536 Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt wollen wir auch im Sport umsetzen und  
537 Projekte zur Gewaltprävention verstetigen. Wir unterstützen die Verbände und  
538 Vereine weiterhin bei Projekten für Integration und Antidiskriminierung. Um  
539 Inklusion auch im Sport weiter voranzutreiben, wollen wir die Förderung der  
540 Special Olympics Rheinland-Pfalz und der Inklusionslots:innen fortsetzen.

541 **Koordination stärken**

542 Sportpolitik ist mehr als die Summe vieler Einzelmaßnahmen. Daher stehen wir für  
543 eine verlässliche Unterstützung des organisierten Sports. Wir GRÜNE wollen eine  
544 zentrale Ansprechstelle in der Landesregierung schaffen, die alle Maßnahmen des  
545 Sports gebündelt koordiniert und gemeinsam mit dem organisierten Sport  
546 strategisch weiterentwickelt.

547 **Lebendige Fankultur erhalten**

548 Sport lebt auch von der Leidenschaft seiner Fans. Wir GRÜNE stehen für eine  
549 lebendige Fankultur, die auf Teilhabe, Respekt und Dialog setzt. Deshalb wollen  
550 wir die Fanprojekte in Rheinland-Pfalz weiterhin unterstützen.

551 **E-Sport**

552 E-Sport ist ein wichtiger Bestandteil digitaler Jugendkultur, gesellschaftlicher  
553 Teilhabe und Innovationskraft. Wir wollen einen modernen, inklusiven,  
554 klimaneutralen und zukunftsgerichteten Ansatz im E-Sport vorantreiben. E-Sport-  
555 Vereine möchten wir fördern und setzen uns für die Anerkennung ihrer  
556 Gemeinnützigkeit auf Bundesebene ein.

557 **Europa und eine Welt**

558 **Grenzüberschreitende Beziehungen stärken**

559 Rheinland-Pfalz ist eng mit seinen Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien  
560 verbunden. Wir GRÜNE wollen den grenzüberschreitenden Personennahverkehr weiter  
561 ausbauen. Das Deutschlandticket soll auch in den angrenzenden Regionen unserer  
562 Nachbarländer gelten. Auf Bundesebene drängen wir auf ein Ende der  
563 Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen.

564 **Die EU weiterentwickeln**

565 Die EU-Strukturpolitik wollen wir sozial und ökologisch ausrichten und die EFRE  
566 bzw. ELER-Mittel in Klimaschutz und eine klimafreundliche Wirtschaft  
567 investieren. Wir setzen uns für eine offene, plurale und rechtsstaatliche EU  
568 ein. Die Umsetzung des Green Deal treiben wir voran. Die EU wollen wir  
569 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterentwickeln.

570 **Europa in Rheinland-Pfalz**

571 Für EU-Bürger:innen wollen wir auch ein Wahlrecht bei den Landtagswahlen. Zur  
572 Verbesserung der europäischen Ausrichtung der Verwaltung wollen wir  
573 Austauschprogramme für Mitarbeitende der Landes- und Kommunalverwaltungen  
574 einführen. Unsere Landesvertretung in Brüssel möchten wir auch personell  
575 stärken. Die Beantragung und Akquise europäischer Mittel durch Hochschulen,  
576 Unternehmen und Kommunen wollen wir durch eine Landesförderung unterstützen. Für  
577 Jugendliche wollen wir jährlich Interrail-Tickets verlosen.

578 **Unsere Eine Welt**

579 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die  
580 Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es  
581 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor Krieg, Hunger  
582 oder Klimaveränderung flüchten. Deshalb müssen wir die öffentliche Beschaffung  
583 von Land und Kommunen nach sozialen und ökologischen Kriterien gestalten. Dafür  
584 brauchen wir verbindliche Regeln zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und  
585 eine Koordinierungsstelle des Landes.

586 **Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda**

587 Unsere über 40-jährige Partnerschaft mit Ruanda wollen wir weiter ausbauen. Vor

588 dem Hintergrund des Ostkongo-Konfliktes müssen wir differenzieren zwischen den  
589 politischen Kontakten, die wir derzeit vermeiden sollten, und der  
590 Graswurzelpartnerschaft, die wir weiter fördern wollen. Insbesondere Demokratie  
591 und Rechtsstaat wollen wir fördern. Dazu gehört auch unser Kontakt zur  
592 Demokratischen Grünen Partei Ruandas. Auch gemeinsame Projekte im Bereich  
593 Barrierefreiheit/Inklusion wollen wir anstoßen.

594 **Unterstützung der Ukraine**

595 Russland bedroht das demokratische und freiheitliche Europa. Wir GRÜNE  
596 unterstützen die Ukraine und die mittel- und osteuropäischen Staaten und  
597 schützen damit Europa als Ganzes. Wir wünschen uns weiterhin eine regionale  
598 Partnerschaft mit einer Region in der Ukraine. Auch unterstützen und fördern wir  
599 kommunale Partnerschaften mit der Ukraine.

600 **Frieden**

601 Aktive Friedenspolitik ist maßgeblicher Antrieb für das politische Handeln für  
602 uns GRÜNE. Wir setzen uns prioritätär immer für zivile Strategien und Abrüstung  
603 ein.

604 **Friedensakademie in Rheinland-Pfalz stärken**

605 Die Friedensakademie Rheinland-Pfalz arbeitet sehr erfolgreich in der  
606 Friedenspädagogik, in der Vernetzung friedenspolitischer Aktivitäten und in der  
607 internationalen Zusammenarbeit. Die aktuelle Weltlage stellt hohe Anforderungen  
608 an die Friedens- und Konfliktforschung. Wir wollen daher die finanzielle und  
609 personelle Ausstattung der Friedensakademie spürbar verbessern, damit ihre  
610 Arbeit gesichert werden kann.

611 **Keine Atomwaffen in Rheinland-Pfalz**

612 Wir wollen keine Atomwaffen in Rheinland-Pfalz. Wir fordern die Bundesregierung  
613 auf, den UN-Vertrag über das weltweite Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

614 **Rheinland-Pfalz und seine internationalen Beziehungen**

615 Wir wollen die finanzielle Unterstützung der Friedensorganisation Givat Haviva,  
616 die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt, ausbauen. Diese Art  
617 des kulturellen Dialogs soll auch bei uns in Rheinland-Pfalz in die pädagogische  
618 Arbeit einfließen.

619 Rheinland-Pfalz ist eng mit den USA verbunden. Wir wollen in Zeiten schwieriger  
620 transatlantischer Beziehungen den Austausch mit demokratischen Akteur:innen  
621 aufrechterhalten und sehen in der Atlantischen Akademie hier eine wichtige  
622 Partnerin.

623 **Zivile Strategien verfolgen – die Interessen der Bevölkerung  
624 vertreten**

625 Militärischer Flug- und Bodenlärm stellt eine Belastung für die Menschen dar.  
626 Wir wollen diesen u. a. durch die Polygone und TRA Lauter verursachten Fluglärm  
627 reduzieren. Zur Kontrolle von Treibstoffschnellablässen wollen wir mehr  
628 Messstellen.

629 Ehemalige Militärfächen sollen den Menschen zurückgegeben werden: für  
630 bezahlbares Wohnen, für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für nachhaltige  
631 Gewerbegebiete ohne weitere Flächenversiegelung.

632 Wir unterstützen Akteur:innen, die Friedensbildung an Schulen stärken wollen.  
633 Die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.